

Ordoliberalismus an einem Punkt durchsetzen. Daß die EU heute über eine institutionell verankerte Wettbewerbspolitik verfügt, ist auch das Verdienst der Freiburger Schule. Die Forschungen von Franz Böhm und Hans Großmann-Doerth über die rechtliche Ausgestaltung der Wettbewerbsordnung aus den dreißiger Jahren sind die Grundlage für jene Entscheidungen des EU-Wettbewerbskommissars, die sich mit der Stellung von marktbeherrschenden Unternehmen, dem unlauteren Wettbewerb oder den Notwendigkeiten einer Fusionskontrolle beschäftigen.

Fundstück

MARC BUGGELN

Europa-Bank oder Dollar-Freihandel?
Westdeutsche Auseinandersetzungen über eine Europäische
Währungsunion zu Beginn der fünfziger Jahre

Am 19. September 1950 unterzeichneten mehrere west- und nordeuropäische Regierungen einen Vertrag, in dem sie die Schaffung einer Europäischen Zahlungsunion (EZU) vereinbarten. Die junge Bundesrepublik Deutschland gehörte zu ihren Gründungsmitgliedern. Während die Entstehung der EZU und deren Vorteile für den wirtschaftlichen Aufstieg der BRD zumindest partiell untersucht sind,¹ ist die Haltung der westdeutschen Eliten aus Politik und Wirtschaft zur EZU und zu möglichen weiteren Währungsentwicklungen bisher vernachlässigt worden. Christoph Buchheim hält die Nichtberücksichtigung für inhaltlich begründet, weil die Politik sich der in Gang gekommenen Eigendynamik der ökonomisch-technischen Fakten nicht in den Weg stellte.² Der folgende Beitrag versucht hingegen – anhand zweier Dokumente – die unterschiedlichen Positionen in der deutschen Politik gegenüber diesem Prozeß herauszuarbeiten, da die strategischen Überlegungen sowohl Kontinuitäten zu vorher angestellten Planungen aufweisen als auch Ausblicke auf folgende Entwicklungen erlauben und für den europäischen Einigungsprozeß von Bedeutung waren. Bevor aber die Positionen erläutert werden, gilt es, kurz die Entwicklung von der deutschen Kapitulation bis zur Etablierung der EZU zu erläutern.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges waren fast alle europäischen Staaten auf Lieferungen aus den USA angewiesen, um ihre Bevölkerungen zu ernähren und die industrielle Produktion aufrechtzuerhalten. Eines der zentralen Probleme war, daß die europäischen Wirtschaften zum Ankauf der Güter US-Dollar benötigten, weil mit Ausnahme des Schweizer Franken alle europäischen Währungen zu dem Zeitpunkt nicht zum Dollar konvertibel waren. Da kaum ein Land in größerem Ausmaß Dollarguthaben besaß, bestand in den meisten Ländern Europas eine »Dollar-Lücke«, die den Welthandel erheblich erschwerte.

¹ Vgl. Jacob Kaplan/Günther Schleiminger, *The European Payments Union: Financial Diplomacy in the 1950s*, Oxford 1989; Alan S. Milward, *The Reconstruction of Western Europe*, London 1984, hier: S. 320-334; Barry Eichengreen, *Reconstructing Europe's Trade and Payments. The European Payments Union*, Manchester 1993; Monika Dickhaus, *Die Bundesbank im westeuropäischen Wiederaufbau. Die internationale Währungspolitik der Bundesrepublik Deutschland 1948 bis 1958*, München 1996. Zum allgemeinen Rahmen vgl. Christoph Buchheim, *Die Wiedereingliederung Westdeutschlands in die Weltwirtschaft 1945-1958*, München 1990; Ludolf Herbst/Werner Bühner/ Hanno Sowade (Hg.), *Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik in die westliche Welt*, München 1990. – Ich danke Karl Heinz Roth für den Hinweis auf die Dokumente und die Ermöglichung der Einsichtnahme in Kopien der Akten im Archiv der Stiftung für Sozialgeschichte in Bremen.

² Buchheim, *Wiedereingliederung* (wie Anm. 1), S. 111.

Die USA hatten nach Kriegsende auf diesen Zustand mit der Forderung reagiert, die europäischen Staaten sollten ihren Handel liberalisieren und Anstrengungen unternehmen, ihre Währungen konvertibel zu machen. Nachdem jedoch der Versuch, das britische Pfund zum Dollar tauschbar zu machen, innerhalb von sechs Wochen des Jahres 1947 wegen des Abflusses sämtlicher britischer Währungsreserven beendet werden mußte – damit war auch das Währungssystem von Bretton Woods praktisch schon gescheitert –, setzte sich bei führenden Vertretern der US-Handelspolitik langsam die Auffassung durch, daß es sinnvoller sei, die europäischen Währungen zuerst untereinander und vor dem Dollar geschützt konvertibel zu machen.

Noch während der britischen Krise bildete der Europa-Sonderbotschafter des amerikanischen Präsidenten Harry S. Truman, Averell Harriman, eine Kommission zum Aufbau eines innereuropäischen Zahlungsverkehrs.³ Zu ihrem Leiter wurde der Vize Präsident der Chase-Bank und vormalige Präsident der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), Thomas Harrison McKittrick ernannt.⁴ Im November 1947 verabschiedete das Komitee das »Erste Abkommen für multilaterale Finanzkompensation«, durch das 1948 neun europäische Länder einen mehrseitigen Verrechnungsverkehr aufnahmen. Zur Verwaltungszentrale des ersten Abkommens wurde die BIZ. 1949 entstanden aufgrund divergierender Interessen in den beiden bedeutendsten europäischen Mächten Pläne für zwei weitergehende Zahlungsblöcke in Europa: Für einen Franc-Block bestehend aus Frankreich, Italien und den Benelux-Staaten (Fritalux, später Finebel genannt), und für einen Sterling-Block mit England und Skandinavien.⁵ Aufgrund vielerlei Verwerfungen und des Interesses der USA und mehrerer kleinerer europäischer Staaten an einer Beteiligung Westdeutschlands kam es schließlich zur Gründung der EZU, die die Länder beider Blocks (samt Kolonien) sowie die BRD einschloß.

Die EZU wurde zunächst für die Dauer von zwei Jahren gegründet, sie blieb aber schließlich bis 1958 bestehen. Das zentrale Ziel der EZU war die volle Wiederherstellung der Konvertibilität der europäischen Währungen im Rahmen der Leistungsbilanzen der jeweiligen Länder. Zudem übernahmen die Länder mit ihrem Beitritt die Verpflichtung, die gegenseitigen Handelsbeschränkungen innerhalb vorgegebener Fristen schrittweise abzubauen.

3 Zu dem von der Forschung bisher wenig beachteten Komitee vgl. Gian Trepp, Bankgeschäfte mit dem Feind. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich im Zweiten Weltkrieg. Von Hitlers Europabank zum Instrument des Marshallplans, Zürich 1996, hier: S. 191-194.

4 McKittrick (geb. 1889) war am 1.1.1940 zum Präsidenten der BIZ ernannt worden und blieb bis 1946 im Amt. Zuvor war er ein hoher Vertreter der Londoner Filiale der New Yorker Privatbank Lee Higginson und Vorsitzender der US-Handelskammer in London gewesen. Er galt als Vertrauensmann der Hochfinanz an der Wall Street. Aufgrund der engen Geschäfte mit dem nationalsozialistischen Deutschland und der Beteiligung an deutschen Goldlieferungen gerieten er und die BIZ in den USA wie Großbritannien unter schwere Kritik. Insbesondere Henry Morgenthau und Harry D. White vom US-Finanzministerium versuchten mehrfach McKittricks Absetzung zu erreichen, scheiterten aber an dessen Unterstützung durch die Wall Street. Vgl. Trepp, Bankgeschäfte (wie Anm. 3).

5 Milward, Reconstruction (wie Anm. 1), S. 306-319, vgl. zur Fritalux auch den Beitrag von Annie Lacroix-Riz in diesem Band.

Die EZU-Verpflichtungen lehnten sich z. T. an Bestimmungen des Abkommens von Bretton Woods an.⁶ Doch wichen andere Vertragspunkte auch deutlich von Bretton Woods ab. Beispielsweise waren sämtliche Fristen wesentlich langfristiger gedacht, als die sehr optimistischen Übergangsregelungen von Bretton Woods. Zudem deutet die Wahl der BIZ als zentralem Verwaltungsorgan der EZU an, daß die Bretton Woods-Institutionen – Weltbank und Internationaler Währungsfonds – für die europäischen Währungspolitik nur eine geringe Rolle spielten, wie Alan S. Milward zu Recht feststellt.⁷

Für die junge Bundesrepublik hatte der Beitritt zur EZU den Vorteil, daß der Spielraum einer eigenständigen deutschen Außenhandelspolitik zunehmend wuchs und der Weg zur Erringung der Gleichberechtigung in den politischen Gremien ebnet wurde. Die BRD setzte die in den Bestimmungen zur EZU festgehaltenen Regeln zur Aufhebung von Importrestriktionen nach ihrem Beitritt fristgerecht um. Daraufhin kam es bereits Ende 1950 zu einem wahren Boom an Einfuhren aus den europäischen Nachbarländern, der zum raschen Verbrauch der deutschen EZU-Quote von \$ 320 Millionen führte. Auch ein weiterer Kredit der Organization for European Economic Co-Operation (OEEC) von \$ 120 Millionen war im Frühjahr 1951 durch die hohen Importkosten rasch wieder abgeflossen, und die deutsche Bundesregierung entschloß sich, die Liberalisierung der Importbestimmungen vorerst rückgängig zu machen. Es kam zur ersten Krise der EZU. Sie konnte jedoch überwunden werden, weil die anderen EZU-Länder sich entschlossen, den westdeutschen Exporten weiterhin die Vorzüge der Liberalisierung zuzugestehen, und weil die Bonner Regierung im Gegenzug einen Zeitplan vorlegte, der die Wiedereinsetzung der Liberalisierung zum 1. Januar 1952 vorsah. Maßgeblich zur Beilegung der Krise hatten zwei EZU-Gutachter beigetragen, die davon ausgingen, daß der deutsche Importboom nur der Vorläufer eines baldigen Exportbooms sei, der die deutschen Zahlungsschwierigkeiten lösen würde.⁸ Die Gutachter behielten Recht. Ab 1952 erwirtschaftete die BRD durch erhöhte Exporte zunehmend Guthaben gegenüber den EZU-Partnern, welche entscheidend zum Boom der fünfziger Jahre beitrugen.

Die beiden im folgenden abgedruckten Dokumente stammen aus dem Sommer 1951, also jener Zeit, als die deutsche Zahlungsbilanzkrise nach wie vor hoch akut war.

6 Barry Eichengreen, Vom Goldstandard zum EURO. Die Geschichte des internationalen Währungssystems, Berlin 2000, S. 149.

7 Milward, Reconstruction (wie Anm. 1), S. 44. Dies wird noch klarer, wenn man um die Feindschaft zwischen der BIZ und den Architekten von Bretton Woods, Morgenthau und White, weiß.

8 Die beiden Gutachter waren Per Jacobsson, geb. 1894, Leiter der Währungs- und Wirtschaftsabteilung der BIZ in den Jahren 1931-1957, Generaldirektor des Internationalen Währungsfonds (IWF) von 1957 bis zu seinem Tod 1963, und Alec Cairncross. Sie lehnten sich in ihren Empfehlungen jedoch maßgeblich an Vorschläge einer deutschen Expertengruppe an, der u. a. Otmar Emminger – später Mitglied des Bundesbankdirektoriums und Exekutivdirektor beim IWF – angehörte. Vgl. Otmar Emminger, Deutsche Geld- und Währungspolitik im Spannungsfeld zwischen innerem und äußerem Gleichgewicht (1948-1975), in: Deutsche Bundesbank (Hg.), Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876-1975, Frankfurt am Main 1976, S. 485-555, hier: S. 489; Dickhaus, Bundesbank (wie Anm. 1), hier: S. 91, 97.

Eine Krisenstimmung ist jedoch in beiden Dokumenten kaum erkennbar. Den deutschen Finanzexperten schien die Überwindung der Krise selbstverständlich, sie beschäftigte vielmehr die Frage, wie der mit der EZU in Gang gesetzte Prozeß der Liberalisierung des Handels und der Währungen in Europa und der Welt weitergehen sollte. Im Hintergrund standen ferner die Montanunion im schwerindustriellen Bereich sowie der Koreakrieg, und damit auch das Verhältnis der europäischen Integration zu den Vereinigten Staaten sowie die Handlungsspielräume, die Europa gegenüber den USA jetzt und in Zukunft haben würde.

Bei *Dokument 1* handelt es sich um das Protokoll der Sitzung des *Comité monétaire européen* vom 8. September 1951 in Basel. In dem bisher wenig beachteten Komitee trafen sich insbesondere deutsche und schweizerische Bank- und Industriekreise sowie Wirtschaftswissenschaftler, um über eine zukünftige europäische Währungspolitik zu beraten. Hinzu kamen profilierte Persönlichkeiten aus der belgischen und französischen Wirtschaft. Den Vorsitz führte die alte Galionsfigur der »Paneuropa«-Bewegung, Graf Richard N. Coudenhove-Kalergi.⁹ Einleitend stellte Hans Fürstenberg¹⁰ fest, daß die EZU noch nicht währungsbildend sei, aber eine Währungsbildung anzustreben wäre. Ziel müßte die Bildung einer europäischen Währung sein, die »ähnlich \$-Block mit entsprechend größerer Macht« sei. Dem stimmten die anderen deutschen Vertreter im Gremium energisch zu. Richard Merton¹¹ forderte die

- 9 Vgl. Reinhard Frommelt, *Paneuropa oder Mitteleuropa. Einigungsbestrebungen im Kalkül deutscher Wirtschaft und Politik 1925-1933*, Stuttgart 1977.
- 10 Hans Fürstenberg (geb. 1890) war der Sohn des langjährigen Vorsitzenden der Berliner Handels-Gesellschaft, einem eng mit der AEG verbundenen Bankhaus. Fürstenberg wurde in der Weimarer Republik zum Juniorchef der Bank und war ab 1929 zudem stellvertretender Vorsitzender der AEG. Desweiteren hatte er enge Kontakte zu Coudenhove-Kalergi und wurde zum Schatzmeister der Paneuropa-Bewegung. Aufgrund seiner jüdischen Herkunft wurde er von 1935-1938 sukzessive aus allen Ämtern getrieben und emigrierte nach Frankreich, wo er bis Kriegsende blieb. Anschließend beteiligte er sich maßgeblich an der Reorganisation der Berliner Handels-Gesellschaft und wurde Vorsitzender des Verwaltungsrates. Vgl. Hans Fürstenberg, *Erinnerungen. Mein Weg als Bankier und Carl Fürstenbergs Altersjahre*, Wiesbaden 1965; Kurt Pritzkolet, *Bosse, Banken, Börsen. Herren über Geld und Wirtschaft*, Wien/München/Basel 1954, S. 213-222.
- 11 Richard Merton (geb. 1881) war seit 1902 in die Fußstapfen seines Vaters bei der Metallgesellschaft in Frankfurt getreten. Im Ersten Weltkrieg war er in der deutschen Besatzungsverwaltung in Belgien tätig und galt als Vertrauter General Wilhelm Groeners. Bei der Umwandlung der dem Konzern angehörenden Gesellschaften zur Metallgesellschaft AG wurde er Aufsichtsratsvorsitzender des Unternehmens. In der Weimarer Republik war er Mitglied der DVP. 1938 wurde Merton wegen seiner jüdischen Herkunft zur Aufgabe aller Posten gedrängt und für drei Wochen im KZ Buchenwald inhaftiert. Er emigrierte 1939 nach London, wo er bis 1947 blieb. Sofort nach seiner Rückkehr wurde er von der hessischen Regierung in den »Außenhandelsbeirat« berufen, der vom Hamburger Bürgermeister a. D. Rudolf Petersen geleitet wurde und in dem auch der spätere Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard saß. Auf der ersten Nachkriegsgeneralversammlung seines alten Konzerns wurde er zum Aufsichtsratsvorsitzender der Metallgesellschaft AG ernannt. In der Bundesrepublik gilt er insbesondere als entschiedener Förderer des Aufstiegs von Hermann Josef Abs. Vgl. Richard Merton,

Einrichtung einer *Haute Autorité européenne monétaire* nach dem Vorbild der Hohen Behörde des Schumanplans, welche die Währungen der Teilnehmerländer der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) vereinigen sollte. Angestrebt wurde eine Währungsgemeinschaft zwischen Frankreich, Italien, den Benelux-Ländern und der BRD, die sich von dem in der EZU vertretenen Sterling-Block abkoppeln sollte. Auch Hermann Josef Abs¹² stimmte den Überlegungen zu. Er dachte an eine »Übertragung des Systems der »Bank deutscher Länder« auf Europa« und forderte die Errichtung einer Art Europabank.

Abs konnte hierbei auf im Umfeld der Deutschen Bank und des I. G. Farben-Konzerns während des Zweiten Weltkrieges vertretene währungspolitische Auffassungen zurückgreifen. Bereits 1940 hatte Herbert Martini, damals noch im Reichswirtschaftsministerium tätig und 1950 als Vorstandsmitglied der Bank für Wiederaufbau eng an der Seite von Abs stehend, die Idee der Gründung einer Europabank in die Debatte geworfen.¹³ Nachdem der Plan 1940 jedoch am Widerstand der Reichsbank und der Außenhandelsabteilung des Reichswirtschaftsministeriums gescheitert war, reüssierte er unter veränderten Bedingungen erneut: Im Herbst 1944 mühte sich die Denkschrift »Weg zu Europa. Gedanken über ein Wirtschaftsbündnis Europäischer Staaten«¹⁴ des I. G. Farben-Mitarbeiters Richard Riedl¹⁵, die europäischen Staaten angesichts der bevorstehenden Niederlage des Reiches mit einer gemeinschaftlichen Währungspolitik an Deutschland zu binden. Den zentralen Punkt der Denkschrift

- Erinnerenswertes aus meinem Leben das über das Persönliche hinausgeht, Frankfurt am Main 1955; Kurt Pritzkolet, *Männer-Mächte-Monopole*, Düsseldorf 1953, S. 342-359.
- 12 Hermann Josef Abs (geb. 1901) begann seine Karriere bei der mit der Metallgesellschaft eng verbundenen Delbrück-Bank. 1938 wurde er in den Vorstand der Deutschen Bank berufen und übernahm dort die Leitung des Auslandsgeschäftes, wodurch er maßgeblich an der »Arisierung« und Übernahme von Firmen in den besetzten Gebieten beteiligt war. Nach der Wiederherstellung der Deutschen Bank wurde er deren Vorstandssprecher, ab 1967 ihr Aufsichtsratsvorsitzender und ab 1976 ihr Ehrenvorsitzender. Bekannt geworden ist er insbesondere durch die Leitung der deutschen Delegation bei der Londoner Schuldenkonferenz. Seit dem galt Abs als »graue Eminenz« der bundesdeutschen Finanzwirtschaft. Vgl. Harold James, *Die Deutsche Bank und die »Arisierung«*, München 2001; Eberhard Czichon, *Die Bank und die Macht. Hermann Josef Abs, die Deutsche Bank und die Politik*, Köln 1995; dagegen Lothar Gall, *A man for all seasons? Hermann Josef Abs im Dritten Reich*, in: *Zeitschrift für Unternehmensgeschichte* 43 (1998), S. 123-176.
- 13 Vgl. dazu meinen Beitrag in diesem Band.
- 14 Abgedruckt ist die Denkschrift bei Reinhard Opitz, *Europastrategien des deutschen Kapitals*, Köln 1977, S. 990-1007.
- 15 Richard Riedl wurde im April 1917 österreichischer Generalkommissar für Kriegs- und Übergangswirtschaft und galt nach Ende des Ersten Weltkriegs als aussichtsreicher Kandidat für das Amt des österreichischen Ministerpräsidenten, das er jedoch letztlich nicht erreichte. Politisch sprach sich Riedl für einen engeren Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich aus. Er war ein Anhänger der deutschen Mitteleuropa-Konzeption und später Vorstandsmitglied des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages. Nach der Besetzung Österreichs amtierte Riedl als Aufsichtsratsvorsitzender der Donau-Chemie AG (Wien), die im Besitz des I.G. Farben-Konzerns war.

bildete der Vorschlag zur Einrichtung einer Europabank, die auf neutralem Gebiet ihren Sitz haben sollte.¹⁶ Durch die Verrechnung der Währungen sollte ein neues Giralgeld mit dem Namen »Europagulden« entstehen. Riedls Denkschrift lehnte sich eng an zentrale Instrumentarien an, die John Maynard Keynes in seiner Auseinandersetzung mit dem sogenannten Funk-Plan für eine deutsch beherrschte Währung in Europa entwickelt hatte, und bezog vor dem Hintergrund einer aktuellen Kontroverse zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien in Bretton Woods zugunsten der letzteren Stellung. Dahinter verbarg sich die illusionäre Hoffnung, den zunehmenden Antibolschewismus Churchills nutzen und Großbritannien für das Projekt eines deutsch-englisch beherrschten Großraums mit antibolschewistischer Ausrichtung gewinnen zu können.¹⁷ Doch auch diesmal scheiterte die Umsetzung.

1951 wurde der Vorschlag zur Gründung einer Europabank von Abs und Merton pragmatisch an die neue Situation angepaßt. Zentraler Partner in Europa sollte Frankreich sein, das für solche Vorstellungen offener schien als die britischen Finanzeliten. Für die Durchsetzung der Pläne suchte man das Bündnis mit französischen Keynesianisten sowie mit Finanzfachleuten der kleineren europäischen Staaten. Von maßgeblicher Bedeutung war jedoch die Verbindung zu Entscheidungsträgern in den USA, ohne die ein solches Vorgehen nicht möglich war. Dies schien über das Comité auf zwei Wegen möglich: Coudenhove-Kalergi verfügte über enge Kontakte in die Vereinigten Staaten, wodurch es ihm u. a. gelang, erhebliche Mittel für ein *American Committee for United Europe* zu sammeln.¹⁸ Zusätzlich bestanden über Per Jacobsson¹⁹ und die BIZ Verbindungen zu McKittrick und damit zur Wall Street.

16 Als Beispiel wurde die B.I.Z. mit Sitz in Basel genannt, die dann 1950 zentrale Verrechnungsstelle der EZU wurde.

17 Zur Bewertung der Denkschrift vgl. Karl Heinz Roth, Wirtschaftliche Vorbereitungen auf das Kriegsende und Nachkriegsplanungen, in: Dietrich Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft; Bd. III: 1943-1945, S. 509-611, hier: S. 512-516.

18 Größtenteils stammten die Mittel wohl vom amerikanischen Inlandsnachrichtendienst, der Central Intelligence Agency (CIA): Wilfried Loth, Die Europa-Bewegung in den Anfangsjahren der Bundesrepublik, in: Herbst, Marshallplan (wie Anm. 1), S. 63-77, hier: S. 71. Erwähnt werden muß, daß die Ideen, die Abs und Merton an Coudenhove-Kalergi herantrugen, sich entscheidend vom Programm der alten Paneuropa-Bewegung unterschieden. Beispielsweise stand im Zentrum der alten Paneuropa-Bewegung immer der politische Zusammenschluß der europäischen Staaten, dem dann eine Zollunion folgen sollte. Eine Währungsunion war vor 1933 hingegen kein zentraler Programmpunkt der Bewegung. Vgl. Richard Coudenhove-Kalergi, Pan-Europa, Wien/Leipzig 1923, oder die 1926 in der Zeitschrift »Der deutsche Gedanke« geführte Diskussion um Paneuropa, abgedruckt in: Opitz, Europastrategien (wie Anm. 14), S. 514-534. Vgl. zur Paneuropa-Bewegung auch den Beitrag von Bo Stråth und Thomas Sandkühler in diesem Band.

19 Jacobsson galt in der BIZ als Anhänger des Goldstandards und Befürworter einer Kooperation mit dem nationalsozialistischen Deutschland. So wurde er u. a. Mitglied im von der Internationalen Handelskammer 1939 gegründeten »Komitee für den Wirtschaftsfrieden«, das von dem Direktor der International Business Machines (IBM) Thomas Watson und dem Präsidenten der New Yorker Chase Bank, Winthrop Aldrich geleitet wurde und eine Fortschreibung der Appeasement-Politik gegenüber Deutschland auch nach dem deutschen

Vor dem Hintergrund der weiteren deutschen Entwicklung ist die von Abs, Merton, Fürstenberg und auch Paul Binder²⁰ vorgenommene Positionierung der westdeutschen Wirtschaft in einem westeuropäischem Großraum mit Frankreich als zentralem Partner bemerkenswert. Der entstehende und währungspolitisch zu befördernde Zusammenschluß sollte sich (vorsichtig) vom Dollar- und Sterling-Block abgrenzen und den Wiederaufstieg Westdeutschlands ermöglichen. Innerhalb der BRD konnten Abs und Merton das politische Konzept der West-Bindung durch ihren engen Kontakt zu Bundeskanzler Konrad Adenauer politikfähig machen. Über diesen versuchten sie die konkurrierenden Vorstellungen des Bundeswirtschaftsministers Ludwig Erhard²¹ zurückzudrängen und möglichst dessen Entlassung herbeizuführen. Doch die Entmachtung Erhards scheiterte. Die im Bundeswirtschaftsministerium unter Erhard favorisierte Positionierung hatte auch weiterhin einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die deutsche Wirtschaftspolitik.²²

Zur Illustration der Einstellung Erhards und des Bundeswirtschaftsministeriums soll *Dokument 2* dienen. Es handelt sich um eine Denkschrift des Ministerialrats Helmut Meinhold²³ vom 27. Juli 1951, die mit Zustimmung Erhards an den Staatssekretär im

Überfall auf Polen forderte. 1950 war Jacobsson als BIZ-Chefökonom einer der beiden Gutachter, die die Frage nach dem Umgang mit dem deutschen Zahlungsbilanzdefizit untersuchten (vgl. Anm. 8, zur Person auch Erin Jacobsson, *A life for sound money*. Per Jacobsson, his biography, Oxford 1979).

20 Paul Binder (geb. 1902) war im Zweiten Weltkrieg leitender Direktor bei der Dresdner Bank und dort u. a. an »Arisierungen« beteiligt. Nach Kriegsende wurde er Finanzstaatssekretär in Baden-Württemberg und Mitglied im Wirtschaftsrat der CDU. Vgl. Dieter Ziegler, Die Verdrängung der Juden aus der Dresdner Bank 1933-1938, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 47 (1999), S. 187-217.

21 Zu Ludwig Erhard vgl. Volkhard Laitenberger, Ludwig Erhard. Der Nationalökonom als Politiker, Göttingen/Zürich 1986; Volker Hentschel, Ludwig Erhard. Ein Politikerleben, München 1996; Christian Gerlach, Ludwig Erhard und die »Wirtschaft des neuen deutschen Ostraumes«. Ein Gutachten aus dem Jahr 1941 und Erhards Beraterstätigkeit bei der deutschen Annexionspolitik 1938-1943, in: Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik 13 (1996), S. 241-274; Karl Heinz Roth, Das Ende eines Mythos. Ludwig Erhard und der Übergang der deutschen Wirtschaft von der Annexions- zur Nachkriegsplanung (1939-1945). I. Teil 1939-1945, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 10 (1995), H. 4, S. 53-93; II. Teil 1943-1945, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 13 (1998), H. 1, S. 92-123; Teil III: 1943 bis 1945. Fortsetzung und Schluß, in: 1999, Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 14 (1999), H. 1, S. 73-91. Vgl. zu Erhards Rolle auch die Beiträge von Patricia Commun und Olaf Breker in diesem Band.

22 Vgl. Hans Jürgen Küsters, Der Streit um Kompetenzen und Konzeptionen deutscher Europa-Politik 1949-1958, in: Herbst, Marshallplan (wie Anm. 1), S. 335-370.

23 Helmut Meinhold (geb. 1904) war seit 1937 Assistent an der Universität Kiel und Mitglied des Instituts für Weltwirtschaft. 1941 wechselte er zum Institut für deutsche Ostarbeit nach Krakau. Nach seiner Einberufung und einem kurz darauf erfolgten Armdurchschuß war er von 1942-1945 in der Hauptabteilung Wirtschaft des Generalgouvernements tätig. Seine Haupttätigkeitsfelder waren die Großraumplanung und die Beschäftigung mit der Frage nach der »Beseitigung der (jüdischen) Überbevölkerung«. Nach Kriegsende kehrte er ans Institut für

Auswärtigen Amt und späteren ersten Präsidenten der Europäischen Kommission, Walter Hallstein, übermittelt wurde. Bereits auf den ersten Blick zeigt sich, daß das Bundeswirtschaftsministerium dem gesamten westeuropäischen Einigungsprozeß und insbesondere einer Währungsunion mit erheblicher Skepsis begegnete. Zurückgegriffen wurde dabei auf Argumente, die die Reichsbank und das Reichswirtschaftsministerium bereits 1940 gegen währungspolitische Vorhaben Herbert Martinis und des Auswärtigen Amtes vorgebracht hatten. Meinhold schrieb:

»Der Grund dafür, die Währungsunion auf den Schluss der Vereinigung zu verweisen, liegt darin, dass sie ohne eine weitestgehende Vereinheitlichung der wirtschaftspolitischen Prinzipien nicht arbeitsfähig sein würde.«

Wie früher die Reichsbank und das Reichswirtschaftsministerium, stellte auch Meinhold die Währungsunion an das Ende eines langen Einigungsprozesses. Erhard und sein ordoliberaler Berater, Wilhelm Röpke, lehnten insbesondere die Vollbeschäftigungspolitik der französischen Keynesianisten ab. Als unabdingbare Voraussetzung für eine Währungsunion betrachtete Meinhold deswegen zum einen eine Angleichung des Preisniveaus, zum anderen aber vor allem die Einigung über die einschlagende staatliche Wirtschaftspolitik. Daß die Ordoliberalen um Erhard eine Politik des rigoros ausgeglichenen Staatshaushalts einer keynesianistischen Defizitpolitik vorzogen, läßt sich aus dem vorliegenden Dokument deutlich erkennen: Als Beispiel für das Auseinanderbrechen einer möglichen wirtschafts- und währungspolitischen Union wird das Festhalten am Ziel der Vollbeschäftigung mit Hilfe von Kreditschöpfung benannt.

Jedoch sprach sich das Bundeswirtschaftsministerium nicht nur für die Verlangsamung der Währungsunion und für die Einhaltung rigider Vorgaben aus, sondern das Ressort war dem ganzen Konzept gegenüber ablehnend eingestellt:

»Die Herausbildung eines abgesonderten Kosten-, Preis- und Lohngefüges innerhalb des Raumes einer Europäischen Währungsunion muß daher vermieden werden. Das Hauptziel sollte deshalb nicht die Herstellung einer räumlich auf Europa begrenzten Konvertierbarkeit der Währungen, sondern die Herstellung der Konvertierbarkeit der bislang gebundenen Währungen gegenüber dem Dollar sein.«

Das Bundeswirtschaftsministerium favorisierte die Verwirklichung eines globalen Freihandels als Voraussetzung der währungspolitischen Konstituierung eines europäischen Binnenmarkts. Der globale Multilateralismus sollte durch die Anlehnung der DM an die neue Leitwährung, den US-Dollar, hergestellt werden.

Weltwirtschaft zurück, wo er eine Dozentur erhielt. Von dort wurde er ins Zentralamt für Wirtschaft in der britischen Zone (1947/48) und schließlich in die Abteilung für Grundsatfragen im Bundeswirtschaftsministerium (1949-1952) berufen. Anschließend verlagerte sich seine Tätigkeit vor allem auf den Sozialbeirat des Bundesarbeitsministeriums, dessen Vorsitzender er schließlich von 1959-1986 war. Vgl. Susanne Heim/Götz Aly, Ein Berater der Macht. Helmut Meinhold oder der Zusammenhang zwischen Sozialpolitik und Judenvernichtung, Hamburg 1986.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Gruppe um Abs und Merton für eine westeuropäische Währungsunion plädierte, die durch ein enges Bündnis mit Frankreich hergestellt werden sollte. Für sie war die Durchsetzung eines westeuropäischen (Währungs-) Blocks entscheidend, der als beste Voraussetzung für die Rückkehr zur Konvertierbarkeit der europäischen Währungen mit dem Dollar, aber auch für eine graduelle Abgrenzung vom Dollar- und Sterling-Raum betrachtet wurde. Die Ordoliberalen um Bundeswirtschaftsminister Erhard standen dem politischen und wirtschaftlichen Bündnis mit Frankreich hingegen skeptisch bis ablehnend gegenüber. Anstelle einer regionalen Wirtschafts- und Währungsvereinigung wurde der Anschluß an den Dollar und die Rückkehr zum weltweiten Freihandel als dringende Aufgabe betrachtet. Insbesondere eine Währungsunion sollte es, wenn überhaupt, erst nach dem Anschluß an den Dollar und nach dem Abschluß eines langfristigen politischen Einigungsprozesses geben.

Aus heutiger Sicht wissen wir, daß es Erhard nicht gelang, den politischen und wirtschaftlichen Einigungsprozeß, der von Adenauer und Präsident Charles de Gaulle vorangetrieben wurde, aufzuhalten. Spätestens mit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1958 hatte sich das Modell einer westeuropäischen Union, die sich z. T. gegenüber dem Dollar- und dem Sterling-Raum schützte, durchgesetzt. Warum sich jedoch gerade das von Abs, Merton und Fürstenberg als zentral verstandene Projekt einer europäischen Währungsunion und einer Europabank nicht zu ihren Lebzeiten realisieren ließ, gilt es weiter zu erforschen. Auf dem Währungsgebiet wurden statt dessen die von Meinhold formulierten Bedenken konstitutiv: Es kam erst fünfzig Jahre nach den hier dargestellten Ereignissen zur Einführung einer europäischen Gemeinschaftswährung, des Euro, dessen Stabilitätskriterien weitgehend den von Meinhold formulierten Zweifeln Rechnung trugen.

Dokument 1: Protokoll der 1. Sitzung des Generalsekretariats des Comité monétaire européen, Zürich, im Hotel »Drei Könige« in Basel, 8. September 1951²⁴

Vormittagsitzung

10.30

Vorsitz: Graf R. N. Coudenhove-Kalergi
Anwesend: Dr. Hermann J. Abs, Wiederaufbaubank, Frankfurt a. M.
 Dr. Paul Binder, Staatssekretär a. D., Stuttgart
 Prof. R. Coudenhove-Kalergi, Gstaad
 J. [richtig: H.] Fürstenberg, Paris
 Per Jacobs[s]on, Basel
 Dr. Richard Merton, Metallgesellschaft, Frankfurt a. M.
 Dr. A. Schaefer, Schweiz. Bankgesellschaft, Zürich
 Dr. E. Steffan, Mouvement Paneuropéen, Lausanne
 Maurice Toussaint, Banque Nationale, Bruxelles

24 Bundesarchiv (BA) Koblenz, Bestand B 102 (Bundesministerium für Wirtschaft)/12.650, H. 1.

